S 21 KA 2940/01

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht Sachgebiet Vertragsarztangelegenheiten

Abteilung 12
Kategorie Urteil
Bemerkung -

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 21 KA 2940/01

Datum 04.06.2003

2. Instanz

Aktenzeichen L 12 KA 141/03 Datum 23.06.2004

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung des Kl \tilde{A} $^{\mu}$ gers gegen das Urteil des Sozialgerichts M \tilde{A} $^{\mu}$ nchen vom 04.06.2003 wird zur \tilde{A} $^{\mu}$ ckgewiesen.
- II. Der KlĤger hat dem Beklagten auch die Kosten des Berufungsverfahrens zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Der 1961 geborene Kläger ist als Psychologischer Psychotherapeut approbiert.

Mit Formularantrag vom 20. Dezember 1998 hat der Kläger Antrag auf bedarfsunabhängige Zulassung zur vertragsärztlichen Versorgung als Psychotherapeut am (damaligen) Praxissitz P.str., F. gestellt. Der Kläger verfügt darüber hinaus über eine bedarfsabhängige Zulassung als Psychologischer Psychotherapeut im Landkreis D. , die nach dem Beschluss des Zulassungausschusses Ã□rzte Oberbayern vom 18. Juli 2001 bis zum rechtskräftigen Abschluss des hiesigen Verfahrens ruht.

Der Zulassungsausschuss ̸rzte Oberbayern hat mit Bescheid vom 14. April 1999

den Antrag des Klägers auf bedarfsunabhängige Zulassung abgelehnt. Der Kläger habe keine im Sinne des <u>§ 95 Abs.10 Satz 1 Nr.3 SGB V</u> besitzstandswahrende Vortätigkeit erbracht. Er habe im maÃ□geblichen Dreijahreszeitraum lediglich 51 Behandlungsstunden nachgewiesen. Grþnde, die möglicherweise zu einem Abweichen von dem Kriterium der 250 Behandlungsstunden führen könnten, seien nicht vorgetragen worden. Der Kläger sei zudem als Diplom-Psychologe im sozialpsychiatrischen Dienst in M. mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 20 Stunden angestellt und stehe deshalb fþr eine Zulassung nicht in erforderlichem Umfang zur Verfþgung.

Hiergegen richtet sich der Widerspruch des Klägers vom 10.Mai 1999. Der Gesetzgeber habe in § 95 Abs.10 Satz 1 Nr.3 SGB V keine bestimmte Zahl von Behandlungsstunden festgelegt und gefordert. Die verlangte Zahl von 250 Behandlungsstunden sei daher rein willkürlich, da sie weder vom Gesetz noch nach dem nachvollziehbaren Willen des Gesetzgebers genannt werde. Die weiter auf die vorhandene Nebenbeschäftigung im Umfang von 20 Stunden pro Woche gestützte Ablehnung sei ebenfalls rechtswidrig. Grundsätzlich stehe nämlich eine weitere Beschäftigung einer Zulassung oder Ermächtigung nicht entgegen. Seine frei berufliche Tätigkeit habe in dem Zeitraum ab 24. Juli 1997 bis zum heutigen Tage ständig zugenommen. So seien vom 24. Juni 1997 bis zum Tag der Antragstellung am 20. Dezember 1998 insgesamt noch 134 Stunden mit der GKV abgerechnet worden und im 1. Quartal 1999 bereits 77 Stunden.

Die Beklagte zu 1) hat zu dem Widerspruch mit Schriftsatz vom 19. Juni 2001 Stellung genommen. Das Bundessozialgericht habe die Auffassung des Zulassungsausschusses für Ã∏rzte-Oberbayern, dass der Psychologische Psychotherapeut in dem maÃ∏geblichen Dreijahreszeitraum in eigenverantwortlicher und selbständiger Tätigkeit und innerhalb eines zusammenhängenden Zeitraumes von sechs bis zwölf Monaten mindestens 250 Behandlungsstunden zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung erbracht habe mÃ⅓sse, bestätigt. Der Kläger habe im gesamten Dreijahreszeitraum nach eigenen Angaben lediglich 51 und nach hiesigen Berechnungen zufolge 25 Behandlungsstunden zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung erbracht, so dass eine bedarfsunabhängige Zulassung mangels Vorliegens einer zu berücksichtigenden schþtzenswerten Tätigkeit nicht in Betracht komme.

Der Beklagte hat mit Beschluss vom 24. Juli 2001/Bescheid vom 20. September 2001 den Widerspruch des KlĤgers zurĽckgewiesen. Das Bundessozialgericht habe sich in mehreren Entscheidungen vom 8. November 2000 mit der bedarfsunabhĤngigen Zulassung von Psychologischen Psychotherapeuten gemĤÄ∏ § 95 Abs.10 SGB V auseinandergesetzt und festgestellt, dass sich die Orientierung an einem Behandlungsumfang von 250 Stunden in einem halben bis einem Jahr wĤhrend des Zeitfensters innerhalb der vom BSG vorgenommenen Konkretisierung der Teilnahme halte. Da § 95 Abs.10 SGB V bereits eine HĤrtefallregelung zu Gunsten der Psychotherapeuten sei und allein auf den erworbenen schĽtzenswerten Besitzstand abstelle, kĶnnten weitere persĶnliche Gesichtspunkte im Rahmen der bedarfsunabhĤngigen Zulassung keine Berļcksichtigung finden. Insbesondere kĶnne dem Vorbringen des

Klägers nicht gefolgt werden, durch seine bedarfsabhängige Zulassung im Nachbarlandkreis D. sei seine bedarfsunabhängige Zulassung fýr F. wirtschaftlich geboten. Wenn der Kläger nach wie vor seine Praxis während des laufenden Verfahrens am beantragten Praxissitz betreibe und seine bedarfsabhängige Zulassung in D. nicht in Anspruch nehme, tue er dies auf eigenes Risiko. Nach dem Zeitfenster erbrachte Stunden könnten in keinem Fall für die Begründung eines Besitzstandes angerechnet werden, selbst wenn sie zahlreich gewesen sein sollten.

Hiergegen richtet sich die Klage zum Sozialgericht Mýnchen vom 22. Oktober 2001. Der KlĤger habe unstreitig im Zeitfenster 51 Stunden mit VersicherungstrĤgern abgerechnet und damit wĶrtlich im Zeitfenster an der Versorgung der Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung teilgenommen. Die Auslegung des Beklagten, eine derartige Teilnahme setze die Abrechnung von 250 Stunden im Zeitfenster voraus, sei rechtswidrig. Der KlÄger sei nebenbei als Angestellter in Teilzeit in einem Umfang von 20 Stunden beschäuftigt gewesen. Dieser Umstand sei zu Gunsten des Klägers zu berä\4cksichtigen. F\u00e4\4r den KIäger sei die Praxis, die er im Zeitfenster im Keller seines Einfamilienhauses geführt habe, subjektiv das zweite Standbein gewesen, das er sich langfristig als alleiniges Standbein habe ausbauen wollen. NaturgemäÃ∏ könne derjenige, der nebenbei eine 20-Stundenarbeitsverpflichtung habe, nicht im gleichen Ma̸e wie der "VollzeitselbstĤndige" den Aufbau seiner Praxis betreiben. Auch sei zu berücksichtigen, dass der Kläger mit der Erziehung und Betreuung seiner beiden 1991 und 1995 geborenen Kindern beschäftigt gewesen sei. SchlieÃ∏lich mþsse man auch die UmstĤnde beachten, die zeitlich nach dem Zeitfenster entstanden seien. Dadurch, dass das Sozialgericht München im einstweiligen Verfügungsverfahren die Auffassung vertreten habe, das Hauptsacheverfahren sei "offensichtlich begrÄ1/4ndet" und dem klÄzgerischen Antrag im einstweiligen Verfügungsverfahren entsprochen habe, habe der Kläger auf dieser Grundlage seine Praxis zu einer heute vergleichsweise florierenden Praxis ausgebaut. Würde das Gericht die Klage rechtskrĤftig abweisen, mýsste er seine Praxis in den Landkreis D. verlegen, denn die dortige bedarfsabhAxngige Zulassung wA4rde wieder aufleben. Bekanntlich sei der Landkreis D. nur wenige Kilometer von F. entfernt. Diesen Weg würden die Klienten des Klägers mit Sicherheit in Kauf nehmen. Der Kläger müsste also umziehen und in D. neue, mit groÃ∏er Wahrscheinlichkeit wesentlich teurere RĤume anmieten und seinen Mietvertrag in F. mit erheblichen Kosten auflĶsen.

Der Beklagte hat mit Schriftsatz vom 18. Dezember 2001 vorgetragen, dass der Kläager im sogenannten Zeitfenster vom 25. Juni 1994 bis zum 24. Juni 1997 am beantragten Praxissitz nur 51 Behandlungsstunden nachgewiesen und somit keinen Besitzstand erworben habe. Wenn der Kläager in D. wegen zu hoher Kosten keine Praxis eräffnen wolle, häatte er keinen Antrag auf bedarfsabhängige Zulassung stellen sollen. Wenn er sich eine solche Option offenhalten wolle, mähse er diese Option nun auch ausähhen, da fähr eine bedarfsunabhängige Zulassung in F. keine Rechtgrundlage bestehe. Den Erfordernissen der Bedarfsplanung im äffentlichen Interesse sei der Vorrang vor den finanziellen privaten Interessen des Kläagers zu geben.

Die ProzessbevollmĤchtigten des KlĤgers haben mit Schriftsatz vom 5. August 2002 darauf hingewiesen, dass selbst nach für den Kläger negativen Abschluss seines Zulassungsverfahrens für die Praxis in F. sich die Anschlussfrage stellen würde, ob der Kläger seinen Praxisbetrieb, den er zur Sicherung des Einkommens für sich und seine Familie unterhalte, einstellen müsse. Hierbei sei das Grundrecht auf Bestand des eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetriebes (Art.14 GG) zu beachten. Eine nach rechtskräftigem Abschluss des Hauptsacheverfahrens erfolgte SchlieÃ□ungsverfügung wäre unverhältnismäÃ□ig und damit rechtswidrig. Vor diesem Hintergrund werde ein Prozessvergleich mit dem Inhalt angeregt, dass der Kläger die bedarfsunabhängige Zulassung im Landkreis F. endgültig und vorbehaltslos erhalte und er dafür auf seine Rechte auf bedarfsabhängige Zulassung in D. unwiderruflich verzichte.

Der Beklagte hat mit Schriftsatz vom 1. Oktober 2002 diesen Vergleichsvorschlag abgelehnt, da nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts eine bedarfsunabhĤngige Zulassung in F. nicht mĶglich sei.

Das Sozialgericht München hat mit Urteil vom 4. Juni 2003 die Klage abgewiesen. Der Kläger habe nach eigenen Angaben im Zeitfenster nur 51 ambulante psychotherapeutische Behandlungsstunden erbracht, so dass das Erfordernis der Teilnahme im Sinne des § 95 Abs.10 Satz 1 Nr.3 SGB V nicht erfüllt sei. Im Ã□brigen werde auf die Gründe des angefochtenen Widerspruchsbescheides des Beklagten verwiesen.

Hiergegen richtet sich die Berufung des KlAzgers vom 19. September 2003. Im schriftlich abgefassten Urteil des Sozialgerichts München falle bereits auf, dass der Tatbestand absolut unzureichend wiedergegeben sei. Die salvatorische Klausel, dass im Anbrigen auf die Akten Bezug genommen werde, reiche in diesem Falle nicht aus. Bereits mit dem Tatbestand bringe das Sozialgericht zum Ausdruck, sich mit dem Einzelfall überhaupt nicht auseinandergesetzt zu haben. Im Tatbestand tauche weder die arbeitsvertragsrechtliche Situation des KlĤgers, der neben seiner SelbstĤndigkeit auch Teilzeitangestellter gewesen sei, noch die besondere familiÃxre Situation mit der Erziehung und Betreuung von zwei Kindern auf. Dementsprechend werde in den Entscheidungsgrļnden auf die Problematik des Einzelfalles mit keinem Wort eingegangen. Die Entscheidung sei deshalb fehlerhaft, weil sie den Einzelfall mitnichten betrachte. Es werde lediglich stereotyp wiederholt, das Bundessozialgericht habe mittlerweile mit Urteil vom 8. November 2000 eine verbindliche Auslegung dahingehend vorgenommen, dass 250 Stunden im Zeitfenster notwendig seien. Mit weiterem Schriftsatz vom 17. Juni 2004 haben die ProzessbevollmĤchtigten des KlĤgers die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der Praxis des Klägers dargelegt.

Der KlĤger beantragt, das Urteil des Sozialgerichts München vom 4. Juni 2003 und den Bescheid des Beklagten vom 20. September 2001 aufzuheben und den Beklagten zu verurteilen, dem Kläger die bedarfsunabhängige Zulassung als Psychologischer Psychotherapeut für seinen Praxissitz in der M. Str., F., zu erteilen.

Die Beigeladenen zu 1) bis 5) haben den Antrag gestellt, die Berufung des KlĤgers zurļckzuweisen.

Die Beigeladene zu 1) hat mit Schriftsatz vom 4. November 2003 nochmals darauf hingewiesen, dass beim Kläger im Zeitfenster keine schützenswerte Tätigkeit vorliege, da er nach eigenen Angaben lediglich 51 Behandlungsstunden zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung erbracht habe.

Der Beklagte hat mit Schriftsatz vom 17. Oktober 2003 vorgetragen, dass die Tatsache, dass der KlĤger zufĤlligerweise eine bedarfsabhĤngige Zulassung im Nachbarlandkreis erhalten habe, nicht dazu führen dürfe, dass er besser gestellt werde als andere Psychotherapeuten, deren Antrag auf bedarfsunabhängige Zulassung mangels hinreichender nachgewiesener Behandlungsstunden ebenfalls abgewiesen habe werden mÃ⅓ssen. Eine Privilegierung des Klägers gegenüber diesen Personenkreis sei nicht gerechtfertigt.

Dem Senat liegen die Verwaltungsakte des Beklagten, die Klageakte mit dem Az.: \underline{S} 21 KA 2940/01 sowie die Berufungsakte mit dem Az.: \underline{L} 12 KA 141/03 zur Entscheidung vor, die zum Gegenstand der m \tilde{A}^{1} 4ndlichen Verhandlung gemacht wurden und auf deren sonstigen Inhalt erg \tilde{A} xnzend Bezug genommen wird.

Entscheidungsgründe:

Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung des Klägers (§ 151 Abs.1 SGG) ist unbegrýndet. Der Kläger hat keinen Anspruch auf bedarfsunabhängige Zulassung am Sitz seiner derzeitigen Praxis in der M. Str. , F. , einem ýberversorgten Planungsbereich, da er die Voraussetzungen des § 95 Abs.10 Satz 1 Nr.3 SGB V nicht erfýllt.

GemäÃ∏ <u>§ 95 Abs.10 SGB V</u> (eingefügt durch Art.2 Nr.11 des Gesetzes über die Berufe des Psychololgischen Psychotherapeuten und des Kinder- und Jugendlichentherapeuten vom 16. Juni 1998 â∏ BGBL I 1311 -) sind Psychologische Psychotherapeuten zur vertragspsychotherapeutischen Versorgung zuzulassen, wenn sie bis 31. Dezember 1998 die Voraussetzungen der Approbation nach § 12 Psychotherapeutengesetz sowie des Fachkundenachweises nach <u>§ 95c Satz 2 Nr.3</u> SGB V erfüllt und den Antrag auf Erteilung der Zulassung gestellt haben (Satz 1 Nr.1); darüber hinaus müssen sie bis zum 31. März 1999 die Approbationsurkunde vorgelegt (Satz 1 Nr.2) und in der Zeit vom 25. Juni 1994 bis zum 24. Juni 1997 (sogenanntes Zeitfenster) an der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung der Versicherten der GKV teilgenommen haben (Satz 1 Nr.3 a.a.O.). Die Auslegung des Merkmals der Teilnahme an der Versorgung im Sinne des § 95 Abs.10 Satz 1 Nr.3 SGB V wird durch die Funktion der Vorschrift bestimmt, für HÃxrtefÃxlle eine Ausnahme von dem Grundsatz der bedarfsabhĤngigen Zulassung der Psychologischen Psychotherapeuten zu ermöglichen (<u>BSGE 87, 158, 164 = SozR 3-2500 § 95 Nr.25</u> Seite 111 unter Hinweis auf BT-Drucksache 13/9212 Seite 40 und BVerfG SozR 3-2500 § 95 Nr.24 Seite 103). Es geht dabei nicht um den Zugang zur psychotherapeutischen Versorgung der Versicherten der GKV als solchen, sondern lediglich um die

Möglichkeit, sich an einem Ort niederzulassen, der auf der Grundlage der im Rahmen der Bedarfsplanung getroffenen Feststellungen bereits A¹/₄berversorgt ist, das hei̸t, für den Ã∏berkapazitäten auf Seiten der psychotherapeutischen Leistungerbringer bestehen. Zulassungsbewerbern, die sich bei der Auswahl des Praxissitzes typischerweise an ihrem bisherigen Lebensmittelpunkt orientieren, wird grundsÃxtzlich zugemutet, dass sie den Ort ihrer Zulassung nicht nach eigenen Wýnschen frei wÃxhlen können, sondern sich nach dem Versorgungsbedarf der Versicherten richten mÃ1/4ssen. Eine Ausnahme davon sieht § 95 Abs.10 SGB V nur für Zulassungsbewerber vor, die bereits im Zeitfenster an der Versorgung der Versicherten der GKV teilgenommen haben (Satz 1 Nr.3 a.a.O.). Diese BegÃ1/4nstigung ist nur dann gerechtfertigt, wenn der Betroffene bereits unter Einsatz von Arbeitskraft und finanziellen Mitteln eine eigene Praxis eingerichtet und in einem rechtlich erheblichen Umfang betrieben hat. Sowohl in Bezug auf die Inanspruchnahme der Arbeitskraft des Psychologischen Psychotherapeuten als auch im Hinblick auf den wirtschaftlichen Ertrag seiner TÄxtigkeit muss dabei in eigener Praxis annähernd das für eine Berufstätigkeit typische AusmaÃ∏ erreicht worden sein. Aus dem Gesetzeszweck ergibt sich, dass der Begriff der Teilnahme die eigenverantwortliche Behandlung von Versicherten der GKV in anerkannten Behandlungsverfahren in eigener Praxis und mit einem bestimmten Behandlungsumfang erfordert. Die nachhaltig auf die ambulante psychotherapeutische Versorgung von Versicherten der GKV ausgerichtete TÃxtigkeit muss dabei zumindest einen von zwei gleich zu gewichtenden Schwerpunkten der beruflichen TÄxtigkeit des Betroffenen gebildet haben (vgl. BSG, SozR 3-2500 § 95 Nr.25 Seite 126 und BSG, vom 11. September 2002, BSG KA 41/01 R Seite 8). Vor diesem Hintergrund erfordert eine Teilnahme im Sinne von <u>§ 95 Abs.10 Satz 1 Nr.3 SGB V</u> grundsätzlich eine Vortätigkeit, die sich auf 250 an Versicherten der GKV erbrachte Behandlungsstunden belĤuft, welche innerhalb des Zeitfensters konzentriert in einem Halbjahreszeitraum erbracht wurden. Dieser Wert, der umgerechnet ca. 11,6 Behandlungsstunden wA¶chentlich ergibt, erreicht bei groÃ\zÃ\diger Betrachtung unter BerÃ\delta\cksichtigung des Begleitaufwandes ungefÄxhr die HÄxlfte des zeitlichen Aufwandes, der in der gleichen Zeit von einem ausschlie̸lich in eigener voll ausgelasteter Praxis tätigen Psychotherapeuten im Regelfall bewÄxltigt wird.

Ausgehend von diesen GrundsĤtzen liegt beim KlĤger keine bestandsgeschĽtzte "Teilnahme" im Sinne von <u>ŧ 95 Abs.10 Satz 1 Nr.3 SGB V</u> vor. Hierzu ist festzustellen, dass bei der Feststellung des Vorliegens des Tatbestandesmerkmales der "Teilnahme" den Zulassungsgremien kein der gerichtlichen NachprĽfung nur eingeschrĤnkt zugĤnglicher Beurteilungsspielraum zusteht, mithin die Frage, ob der KlĤger die Voraussetzungen der "Teilnahme" im Sinne des <u>ŧ 95 Abs.10 Satz 1 Nr.3 SGB V</u> erfĽllt, vom Gericht in vollem Umfang zu Ľberprľfen ist. Ausgehend von den in der Zulassungsakte vorgelegten Unterlagen sind bei strenger Betrachtungsweise nur 25 Behandlungsstunden zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung (DAK Olching) belegt. Aber auch wenn man die nicht ohne Weiteres nachvollziehbaren Angaben des KlĤgers zugrunde legt, wonach er aus seiner Sicht im Zeitfenster 51 Behandlungsstunden zu Lasten gesetzlicher Krankenversicherungen durchgefļhrt habe, reicht dieser Behandlungsumfang keineswegs, um zu einer

bestandsgeschýtzten Vortätigkeit im Sinne von § 95 Abs.10 Satz 1 Nr.3 SGB V zu gelangen. Ausgehend von 51 Behandlungsstunden im gesamten Dreijahreszeitraum käme man unter Zugrundelegung von 43 Behandlungswochen im Jahre (unter Berýcksichtigung von Urlaub und Krankheitszeiten) auf einen wöchentlichen Durchschnittswert von 0,4 Behandlungsstunden. Geht man davon aus, dass die 51 Behandlungsstunden innerhalb eines Jahres zurückgelegt wurden, kommt man bei dieser Betrachtungsweise auf 1,19 Behandlungsstunden pro Woche; stellt man auf einen Halbjahreszeitraum ab, ergibt sich immer noch erst ein Stundenumfang von 2,4 Stunden pro Woche. Insgesamt erreicht damit der Kläger nicht annähernd den vom BSG für erforderlich gehaltenen Behandlungsumfang von mindestens 11,6 Stunden pro Woche.

Der Grund fÃ1/4r den geringen Umfang an psychotherapeutischen Behandlungsstunden beim KlĤger liegt im Wesentlichen auch darin begrļndet, dass er im Zeitfensterzeitraum als Diplom-Psychologe im sozialpsychiatrischen Dienst in M. mit einer wA¶chentlichen Arbeitszeit von 20 Stunden in einem Angestelltenverhältnis tätig war, was im Ã∏brigen bis zum heutigen Tage unverÄxndert so der Fall ist. Damit fehlt es auch an dem weiteren vom BSG fļr notwendig erachteten Merkmal einer Teilnahme, nĤmlich, dass die Niederlassung in eigener Praxis zumindest einer von zwei gleichgewichtigen Schwerpunkten der beruflichen Orientierung gewesen ist (vgl. BSG, SozR 3-2500 § 95 Nr.25, Seite 125 und BSG, Urteil vom 11. September 2002, B 6 Ka 41/01 R, Seite 11). Davon kann beim KlÄger keine Rede sein. WÄghrend der KlÄger im fraglichen Zeitraum danach als Diplom-Psychologe im Sozialpsychiatrischen Dienst der Stadt M. mit einer wĶchentlichen Arbeitszeit von 20 Stunden angestellt tĤtig war, kam er nach den oben dargelegten Berechnungen bei wohlwollendster Betrachtungsweise lediglich auf einen wĶchentlichen Stundenumfang von 2,4 Stunden, so dass der Schwerpunkt der TÄxtigkeit im Zeitfenster eindeutig auf der TÄxtigkeit als angestellter Diplom-Psychologe im sozialpsychiatrischen Dienst der Stadt M. lag.

Diese Auslegung des <u>§ 95 Abs.10 Satz 1 Nr.3 SGB V</u> verstöÃ∏t nicht gegen höherrangiges Recht. PrüfungsmaÃ∏stab ist hierbei zunächst Art.12 Abs.1 GG, da es dem Kläger darum geht, seine psychotherapeutische Praxis in F. in der Zukunft weiter betreiben zu kA¶nnen, so dass die damit verbundenen ErwerbsmA¶glichkeiten im Vordergrund des Begehrens stehen (vgl. <u>BVerfGE 30.</u> 292, 334 f; 85, 360, 383). Die BeschrĤnkung der Zulassung zur vertragsĤrztlichen bzw. vertragspsychotherapeutischen Versorgung in ýberversorgten Gebieten stellt sich als eine Berufsausļbungsregelung dar, die vor allem zur Sicherung einer gleichmäÃ∏igen Versorgung der Versicherten im gesamten Bundesgebiet gerechtfertigt ist (vgl. BSG 82, 41, 44 = $\frac{\text{SozR } 3-2500 \, \text{Å}}{\text{N}} \, \frac{103 \, \text{Nr.2}}{103 \, \text{Nr.2}}$ Seite 13 fýr die vertragsÃxrztliche Versorgung; BSGE 81, 207, 212 = SozR 3-2500 § 101 Nr.2 Seite 13 f $\tilde{A}^{1/4}$ r die vertragszahn \tilde{A} zrztliche Versorgung; BSGE 87, 158, 163 = SozR 3-2500 § 95 Nr.25 Seite 110 für die vertragspsychotherapeutische Versorgung). Da der KlĤger vor Inkrafttreten des Gesetzes vom 16. Juli 1998 keinen Anspruch auf Zulassung zur vertragspsychotherapeutischen Versorgung hatte, beseitigt dieses Gesetz keine von ihm schon inne gehabte bzw. erworbene Rechtsposition, wenn es den auf einen bestimmten Ort bezogenen Zulassungsanspruch nur unter dem Vorbehalt der GewĤhrleistung einer annĤhernd gleichmĤÄ∏igen Versorgung der

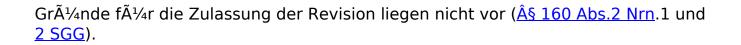
Versicherten der GKV gewäknt. Zwar ist der Gesetzgeber bei der Neuordnung von Berufsausübungsregelungen aus Gründen des Vertrauensschutzes und der VerhältnismäÃ∏igkeit gehalten, Ã∏bergangsregelungen für solche Personen zu schaffen, welche die von der Neuregelung betroffene TÄxtigkeit in der Vergangenheit in erlaubter Weise ausgeübt haben (<u>BVerfGE 98, 265</u>, 309 f). Solche ̸bergangsregelungen müssen aber nicht notwendig darauf hinauslaufen, dass die bisherige TÄxtigkeit in unverÄxnderter Form beibehalten werden darf (BVerfGE 68, 277, 287). Ein Psychologischer Psychotherapeut hat daher nicht allein deswegen Anspruch auf eine Zulassung ohne Berücksichtigung des Bedarfs, weil er bereits vor dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 16. Juni 1998 die nach damaligem Recht erforderliche Qualifikation zur Behandlung von Versicherten der GKV besa̸ (BVerfGE SozR 3-2500 § 95 Nr.24 Seite 103). Auf den Umstand, dass das Rechtsstaatsprinzip Vertrauensschutz auch im Hinblick auf Dispositionen gewährt, die der Bürger in der berechtigten Erwartung getätigt hat, dass sich bestimmte rechtliche Ausgangsbedingungen nicht Äxndern werden (vgl. BVerfGE 13, 39, 45 f; 30, 367, 389), musste der Gesetzgeber ý bergangsrechtlich nur dadurch reagieren, dass Psychologische Psychotherapeuten, die eine eigene Praxis aufgebaut und in diese in der Erwartung investiert hatten, sie zu alten Bedingungen unverändert weiter zu führen, einen gewissen Schutz genieÃ□en. Die sich unter diesem Gesichtspunkt ergebenden verfassungsrechtlichen Erfordernisse hat § 95 Abs.10 Satz 1 SGB V in angemessener Weise aufgenommen und verwirklicht (vgl. BSG SozR 3-2500 § 95 Nr.25 Seite 108 sowie BSG, Urteil vom 11. September 2002, B 6 Ka 41/01 R, Seite 13/14). Aus den genannten Gründen kam auch ein VerstoÃ∏ gegen Art.14 GG nicht in Betracht.

Dem Kläger hägtte danach nur dadurch geholfen werden kä¶nnen, dass man entweder auf das Erfordernis einer hinreichenden Teilnahme im Rahmen des Zeitfensters weitgehend verzichtet, was aber nach den gemachten Ausfļhrungen nicht zu rechtfertigen wäre, oder indem man den maÃ∏geblichen Zeitraum des Zeitfensters weit über den Stichtag 24. Juni 1997 hinaus in die Gegenwart verschiebt. Aber auch gegen den Stichtag 24. Juni 1997 bestehen keine rechtlich durchgreifenden Gründe. Der Stichtag 24. Juni 1997 entspricht dem Tag der Einbringung des Gesetzentwurfes der damaligen Regierungsfraktionen von CDU/CSU und FDP fýr ein Psychotherapeutengesetz im Deutschen Bundestag (BT-Drucksache 13/8035). Dieser Gesetzentwurf enthielt zunÄxchst allerdings noch keine ZulassungsbeschrĤnkung fļr diejenigen Psychotherapeuten, die bis zum 30. Juni 1999 einen Antrag auf Zulassung zur psychotherapeutischen Versorgung der Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung stellen wollten. Erst in dem wĤhrend der Beratungen des BT-Ausschusses für Gesundheit geänderten Gesetzesentwurf, der mit dem Bericht und der Beschlussfassung des Ausschusses für Gesundheit vom 25. November 1997 (BT-Drucksache 13/2219) bekannt geworden ist, ist die ̸bergangsregelung mit der Anknüpfung an eine Teilnahme mit dem Stichtag 24. Juni 1997 aufgenommen worden. Nach dem gesetzgeberischen Willen sollte nach diesem Tag kein Leistungserbringer seine Zulassungschancen mehr durch eigene, zielgerichtete AktivitĤten verbessern können. Der Gesetzgeber hat damit Erfahrungen Rechnung getragen, die im Bereich des Axrztlichen Zulassungsrechts im Zusammenhang mit der EinfA¼hrung der verschärften Bedarfsplanung durch das GSG Ende 1992/Anfang 1993 gemacht worden sind. So ist die Zahl der zugelassenen Vertragsärzte im Jahre 1992 gegenÃ⅓ber 1991 um 3,6 und 1993 gegenÃ⅓ber 1992 noch einmal um 10,2 % angestiegen, während sich die Steigerungsraten ab 1994 auf Werte zwischen 1,2 und 2,4 % eingependelt haben (vgl. Grunddaten zur vertragsärztlichen Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland, herausgegeben von der KÃ□BV, 1999, A 8). Um eine vergleichbare Situation im Bereich der Psychologischen Psychotherapeuten 1998/1999 zu verhindern, erweist sich eine Stichtagsregelung, die auf den Beginn des Gesetzgebungsverfahrens abstellt, als geeignet.

Schlie̸lich ergibt sich auch aus <u>Artikel 6 GG</u> kein VerfassungsverstoÃ∏. Zwar stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung (Abs.2). Der Gesetzgeber ist jedoch nicht gehalten, alle mit der Kindererziehung zusammenhĤngenden wirtschaftlichen und beruflichen Belastungen auszugleichen (z.B. <u>BVerfGE 60, 68</u>, 74 und BVerfG, Kammer-Beschluss vom 2. April 1996, <u>NVWZ</u> 1997, 54, 55). Vielmehr steht ihm bei seiner Entscheidung, in welchem Umfang und mit welchen Mitteln er den Schutzauftrag des Art.6 GG nachkommt, eine weite Gestaltungsfreiheit zu. Er kann und muss auch andere Ķffentliche Belange mitberücksichtigen, wobei eine Güterabwägung vorzunehmen ist. So ist auf den Gemeinwohlbelang der finanziellen StabilitAxt und FunktionsfAxhigkeit der gesetzlichen Krankenversicherung, dem das BVerfG hohe Bedeutung beimisst (vgl. BVerfGE 68, 193, 218; 70, 1, 30; 82, 209, 229 ff.; ferner BVerfGE 77, 84, 107) Rücksicht zu nehmen und in Rechnung zu stellen, dass es dem Gemeinwohl dient, die Bedarfsplanung praktikabel sowie in ihren Auswirkungen ýberschaubar und die AusnahmetatbestĤnde in engen Grenzen zu halten. Vor diesem Hintergrund ist zunĤchst festzustellen, dass der Gesetzgeber in <u>ŧ 95 Abs.11</u> b SGB V dem Schutzauftrag des Art.6 GG Rechnung getragen hat und fÃ1/4r die bedarfsunabhängige Zulassung von Psychotherapeuten, die während des Zeitfensters ganz oder teilweise ihre ErwerbstÄxtigkeit im Hinblick auf Pflege und Erziehung von Kindern zurļckgestellt haben, günstigere Voraussetzungen vorgesehen hat, indem unter bestimmten Voraussetzungen eine Vorverlegung des Beginns der Frist für das Zeitfenster ermöglicht wird, die der Zeit der Kindererziehung in dem Drei-Jahres-Zeitraum entspricht. Mit der in § 95 Abs.11 b SGB V (für den Fall der Ermächtigung vergl. <u>§ 95 Abs.11</u> a SGB V) geschaffenen Vergünstigung in Fällen der Kindererziehung hält sich der Gesetzgeber in den Grenzen des ihm zukommenden Gestaltungsspielraums und es ist für den Senat nicht erkennbar, dass er zu einer darļber hinausgehenden Regelung zu Gunsten von Eltern wegen der Erziehung von Kindern nach der Verfassung verpflichtet gewesen w¤re. Die Regelung des <u>§ 95 Abs.11</u> b Satz 1 Nr.3 SGB V tr¤gt dem Ziel des Gesetzgebers Rechnung, nur solche Psychotherapeuten zu berücksichtigen, die vor Bekanntwerden des maÃ∏geblichen Gesetzentwurfes eine Praxis aufgebaut hatten (vgl. BT-Drucksache 13/9212, Seite 41, Artikel 2 zu Nr.10 Buchstabe c).

Nach alledem ist die Berufung des Klägers zurückzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf $\frac{\hat{A}\S 193 \text{ Abs.1}}{193 \text{ Abs.1}} = \frac{1}{193 \text{ Abs.4}} = \frac{1}{193 \text{$



Erstellt am: 22.09.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024